

Monats-Abonnement... werden bei allen Deutschen Postanstalten auf den 2ten u. 3ten Monat besonders angenommen...

Der Volksstaat

Erscheint in Leipzig Mittwoch, Freitag, Sonntag. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten u. Buchhandlungen...

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Nebhaltung von Partei-, Vereins- und B.-Konferenzen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend...

Nr. 75

Mittwoch, 1. Juli.

1874.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Juli beginnt ein neues Quartal und fordern wir deshalb zu zahlreichem Abonnement auf das wöchentlich dreimal erscheinende Parteiorgan auf.

Der Preis beträgt 16 Sgr. (56 Kr. rh.) pro Quartal, 5 1/2 Sgr. (18 1/2 Kr. rh.) pro Monat für ganz Deutschland.

Alle deutsche Postanstalten nehmen Abonnements entgegen. Denjenigen Abonnenten, welche das Blatt per Kreuzband beziehen, wird dasselbe bei dreimaliger Zusendung in folgender Weise berechnet:

- für Deutschland 1 Thlr. 5 Ngr. (2 fl. 3 kr. rh.); für die Schweiz, Serbien, Belgien, Scandinavien und Italien 1 Thlr. 10 Ngr. (5 Frs.); für Frankreich, die Niederlande, Portugal, Großbritannien, Rumänien und die Türkei 1 Thlr. 20 Ngr. (6 1/2 Frs.); für Spanien und für Amerika 2 Thlr.

Für Leipzig und Umgegend ist der Abonnementspreis (mit Bringerlohn) auf 17 1/2 Ngr. pro Quartal und 6 Ngr. pro Monat festgesetzt. Man abonniert bei der Expedition dieses Blattes, Köhlerstraße 44, und bei Colporteur Müller; für die Umgegend von Leipzig bei den Filial-Expeditionen: für Volkmarisdorf, Reudnitz, Reuschönefeld, u. s. w. bei Frau Friedrich, Anger Nr. 5, für Plagwitz und Eintracht bei Frau Pohe, Plagwitz, Bismarckstraße 26, für Sonnitz u. bei Tenbert, Bornaische Straße 19, für Kleinöschersdorf und Umgegend bei Fleischer, Nr. 87 daselbst, für Thonberg bei Horn, Hauptstr. Nr. 95, für Stötteritz bei Gust. Voigt, Schulweg 2, für Gohlis u. bei D. Peulert, Hauptstr. 19.

Für Berlin wird auf den „Volksstaat“ monatlich für 8 Sgr. frei in's Haus abonniert, bei Trautmann, Engelauer Str. 4, Treppen; bei W. Vogel, Prinzenstr. 61; im Laden; Wegner, Elisabethstr. 1; Vogel, Prinzenstr. 61; Krause, Bismarckplatz 2, 3 Thlr.

Der Abonnementsbetrag ist bei Bestellung zu entrichten. Abonnements bei der Expedition, sowohl einzelne wie von Filialen, welche nicht rechtzeitig erneuert worden, werden vom 1. Juli an nicht mehr effektiviert.

Die Redaktion und Expedition des „Volksstaat“.

Bekanntmachung.

Mit Beginn des 3. Quartals — 1. Juli 1874 — werden Bestellungen auf den „Volksstaat“ für Leipzig und Umgegend direkt bei Unterzeichneter oder durch die Colporteurs nur gegen Vorauszahlung,

gleichviel ob Quartals- oder Monatsabonnement, angenommen. Die Filial-Expeditionen sowohl als Diejenigen, welche per Kreuzband oder Convert beziehen und nach Verfluß von 8 Tagen nach dem Ersten jeden Monats die Abonnementbeträge nicht eingesandt haben, erhalten keine weiteren Zusendungen.

Die Restanten, namentlich von Leipzig und Umgegend, werden ersucht, baldigst ihren Verpflichtungen nachzukommen. Leipzig, den 12. Juni 1874.

Die Expedition des „Volksstaat“.

Die Mikrowirtschaft der Bourgeoisie

von einem Bourgeois beleuchtet.

Aus Chemnitz, dem sächsischen Manchester, brachte das nationalliberale „Dresdener Börsen- und Handelsblatt“ vor Kurzem folgenden Bericht:

Ihre hiesigen Correspondenten sind jetzt in einer üblen Lage; das Geschäft ist ruhig, neue Unternehmungen entstehen nicht und das, was sonst vorkommt, ist so unerquicklicher Natur, daß man es lieber mit Stillschweigen übergehen möchte. Aber was hilft es, der Längerungsprozess muß sich vollziehen, und je schneller er sich vollzieht, desto besser. Es nützt nichts, die Sache mit Glacéhandschuhen anzugreifen, es ist vielmehr nöthig, wo es gilt, gerade durchzugehen. Glücklicherweise ist anzunehmen, daß der erwähnte Prozess sich bereits vollzogen hat; sollte ja hier noch ein zweites und drittes Unternehmen in eine schiefe Lage kommen, so kann dieselbe für die Aktionäre nicht sehr gefährlich werden. Was die Eisengießerei-Aktiengesellschaft betrifft, so sind die Chemnitzer genug gewesen, keine Aktien zu nehmen. Wäre das Etablissement, welches ca. 100,000 Thlr. werth ist, mit 150,000 Thlr. aufgelegt worden, so lag Sinn darin, und wäre dasselbe unter guter Leitung existenzberechtigt gewesen, so aber deklarirte sich von vornherein die Absicht der Unternehmer, viel Geld zu machen, und das Publikum hielt sich zurück. Die Umwandlung C. F. Schellenberg in „Maschinenbauverein“ galt seiner Zeit als recht billig gemacht, denn wenn auch 100,000 Thaler für die Gründer abgefallen sind, — (flos hunderttausend Thaler für die Gründer? Das ist billig; wenn die Arbeiter wöchentlich einen halben Thaler Zulage verlangt hätten, das wäre eine „unverschämte Forderung“ gewesen) so war das Objekt in Anbetracht des vorhandenen Areals, der Gebäude und Maschinen dennoch nicht übertheuert und unter

vernünftiger Leitung etwas daraus zu machen. Wie es ausgefallen ist, ist allgemein bekannt; ich will nicht Aeußerungen repetiren, wie sie als unparlamentarisch in der Generalversammlung gefallen sind, aber traurig ist es, wenn überhaupt Veranlassung zu so harten Ausdrücken vorliegt. — Die „Chemnitzer Maschinenfabrik“ (Münich) hat es verstanden, lange Zeit auf Stelzen zu laufen und auf dem Courzettel die solidesten Sachen zu überragen. Ein rechtes Vertrauen habe ich hier nie gehabt, ließ man einen Zweifel irgend welcher Art durchblicken, so hieß es, er sei unbegründet, und als vor einigen Wochen Reslame durch Annoncen gemacht wurde und sogar eine mit Gottlieb Behrend unterzeichnet war, da war Alles sicher. — Es liegt nicht in meiner Absicht, eine Kritik zu üben über die innere und äußere Ordnung dieser Fabrik, ebenso wenig will ich untersuchen, ob der Direktor mehr Techniker als Kaufmann ist, ich halte ihn für einen großen Mächer und die nächste Zeit wird lehren, was und wie er es gemacht hat. (Wir glauben, daß das schon ziemlich klar liegt.) Ich bin im Prinzip für Concentration des Kapitals zu Industriebetrieben, aber ich verdamme die raffinierte Art und Weise, mit der Einzelne das Vermögen Anderer an sich ziehen und die Lächerlichkeit, mit der das Eigenthum Anderer stellenweise verwaltet wird. Alles Verschönigen und Verheimlichen nützt nichts, die Auswüchse an dem ursprünglich gesunden Stamme (!) müssen ohne Schonung abgeschnitten werden, wenn Chemnitz wieder zu Ehren kommen und der Ruf der guten Unternehmungen nicht mit untergraben werden soll!

So urtheilt der Bourgeoisjournalist über Chemnitz. Schwindel, Betrug, miserable Geschäftsführung: das ist das Zeugniß, welches er der Chemnitzer Bourgeoisie ausstellt. Es ist wahr, er greift nur einen einzelnen Fall heraus, aber er betrachtet denselben offenbar als charakteristisch für die Chemnitzer Bourgeoisie überhaupt; sonst könnte er nicht sagen, es handle sich darum, daß „Chemnitz wieder zu Ehren komme“. Was hat ein einzelner Fall, der auch vereinzelt dasieht, mit der Ehre oder Unehre einer Stadt zu thun? Der Correspondent des „Dresdener Börsen- und Handelsblatts“ — beiläufig hat das „Leipziger Tageblatt“ den Brief abgedruckt, natürlich ohne daß Herr Hättner die Tragweite der darin verhängenen Thesen zu gut, um den von! — kann seine Chemnitzer eine Ausnahme von der Regel zu halten.

Das Schlimmste, bemerkt die „Chemnitzer Freie Presse“ zu diesem Gesandniß einer Bourgeoisie, das Schlimmste bei der ganzen Wirtschaft verweigert natürlich der Börsen-Correspondent, nämlich, daß unter der selbst in seinen Augen unverantwortlichen Handlungsweise der Chemnitzer Unternehmer die Chemnitzer Arbeiter am allermeisten zu leiden haben. Dieselben müssen die „Reinen“ Gründerprofite von 100,000 Thln. wieder herausfinden, müssen durch ihre saure Arbeit die hohe Dividende, welche den „auf Stelzen gehenden“ Geschäften einen „soliden“ Anstrich gibt, ermöglichen, müssen die „raffinierte Art und Weise“, in welcher hiesige Fabrikdirektoren selbst nach Meinung eines dieser Gesellschaftsklasse Nahestehenden das Eigenthum Anderer an sich ziehen, sicher am allerbittersten selbst empfinden, und wenn schließlich der schwindelhafte Bau zusammenstürzt und eine Gesellschaft bankrottirt, deren Gründer, Direktoren u. s. w. sich in Gestalt von Provisionen, Dividende-Anteil und wie man das sonst nennt, genügende Mittel „gerettet“ haben, dann werden die Arbeiter brodelnd auf die Straße gesetzt, und müssen hungernd in der Welt herumlaufen, bis sie wieder eine Stellung finden, wo der frühere Lauf der Dinge von Neuem vor sich geht.

Und eine solche Wirtschaft nennt man gesellschaftliche und soziale „Ordnung“? Angesichts solcher aller Moral ins Gesicht schlagenden Zustände, in welche unsere Bourgeoisie bis über die Ohren versunken ist, befreit man der Sozialdemokratie das Recht, auf eine gänzliche Umgestaltung der Produktionsweise zu dringen! — Da spricht derselbe Mensch, der die verrotteten Verhältnisse schildert, noch von einem „Lüsterungsprozess“, der sich vollziehen sollte, und von einem „ursprünglich gesunden Stamme“! — Worin soll denn der „Lüsterungsprozess“ bestehen, wenn nicht in der gänzlichen Beseitigung der Clique, welche sich der Industrie bemächtigt hat und dieselbe als mellende Kuh benützt, sie dabei zu Grunde richtend? — Worin besteht denn ferner der „ursprünglich gesunde Stamm bei unsern heutigen Aktiengesellschaften“?

Unterschieden. Der „ursprünglich gesunde Stamm“ ist ein ursprünglich sauler Stamm, und unsere Chemnitzer Genossin hat ganz Recht, die Charakteristik des Chemnitzer Stands auf die gesammte Bourgeoisieproduktion auszudehnen. Was von Chemnitz gesagt ist, gilt von jeder anderen Industriestadt, denn es gilt im Wesentlichen von der kapitalistischen Großproduktion. Und sollte irgend ein weitaus vom „sächsischen Manchester“ lebender Bourgeois gleichnerisch die Nase rümpfen: Gott sei Dank, hierzulande sind wir nicht so schlimm, wie meine ungerathenen Chemnitzer Kollegen! dem rufen wir in aller Gemüthlichkeit zu: sabala de te! Zupf Euch an der eigenen Nase!

Politische Uebersicht.

„Unser“ Braun verfällt auf schnurrige Geschichten, um der an der galoppirenden Schwindelucht leidenden „Spenerischen Zeitung“ wieder neues Leben einzuhauchen. Aber ist der Reptilienfond knauserig oder will das Privatvermögen des Professor Birnbaum nicht reichen — es geht nicht. Umsonst war der Versuch, die Regimentecommandeure zu Abonnentensammlern für „Onkel Spener“ heranzubilden, und der mit raffiniertester Speculation gratis errichtete „stille Ort“ für übergeschnappte Poeten erweckte keine „Bedürfnisse“ bei den nächstern Jünglingen des

19. Jahrhunderts. Als sogar die selbstfabrizirten Prostitutionsannoncen weder „schöne Abonnentinnen“ noch „galante Leser“ einbrachten und selbst die Berliner „Louis“ gleichgiltig blieben, ließ „unser Braun“ in seiner Verzweiflung einen Artikel erscheinen, der die Berliner Stadtverordneten aufs Größlichste beleidigte, bezüglich des Antrags auf Errichtung von Nieselfeldern. Professor Gneist behauptete, ein solcher Artikel „sei eine Schande für die deutsche Presse überhaupt“. Wir bedauern, dem Herrn Professor Gneist sagen zu müssen, daß für die wirklich ehrenhafte Presse, die mit dem Reptilienfond sowohl als dem Pressbureau nichts zu thun hat, sein Ausdruck keine Geltung haben kann, da jedes nur halbwegs anständige Blatt die Solidarität mit der „Spenerischen Zeitung“ aufs entschiedenste ablehnen muß, wie es zum Theil auch schon geschehen ist. Wögen die Reptilienbrüder die Schande der „Spenerischen Zeitung“ tragen helfen — die ehrenhafte deutsche Presse hat keinen Theil daran! Ein Blatt, dessen Chefredacteur nicht einmal der sonst doch nicht scrupulöse Verein „Berliner Presse“ aufnehmen wollte und ihn nur deshalb einschmuggeln ließ, weil er behauptete, er sei für die Haltung seines Blattes „nicht verantwortlich“, mag zwar wohl daran thun, sich den Professor Birnbaum als Eigenthümer zu bestellen, aber seine (des Blattes nämlich) „Ehre“ mag er sich bei der Verwaltung des Reptilienfonds beschleunigen lassen!

— „Staatskühe“. Wie der Staat von heute der Bourgeoisie behüßlich ist, die Löhne der Arbeiter herabzudrücken, zeigt nachstehende Annonce, die wir im „Nürnbergischer Anzeiger“ finden: „Bekanntmachung. In der hiesigen Strafanstalt für Männer sind Arbeitskräfte von Gefangenen zu verpachten, welche sich zur Fabrication von Bürsten, Kurzwaren aller Art, zur Weberei u. s. w. eignen. Reflektanten wollen sich an den unterzeichneten Direktor wenden. Enslöheim im Elsaß, den 16. Juni 1874. Der Direktor, Thiem.“ Hier zeigt sich recht der Charakter der modernen Produktionsweise, die an dem Arbeiter weiter nichts sieht, als seine Arbeitskraft und den lebendigen Menschen als Waare auf den Markt wirft. „Arbeitskräfte zu verpachten!“ So zwingt der Staat die Gefangenen, den „freien“ Arbeitern Concurrenz zu And Jedermann sollte doch wissen, wie übel die Weber Deutschlands daran sind; wer sich nur im Geringssten mit der Arbeiterbewegung befaßt hat, der weiß, daß die Weber eine äußerst kümmerliche Existenz für den Arbeiter mit sich bringt. Die Regierung der „Reichslande“ gibt der Bourgeoisie die Mittel an die Hand, diese Existenz noch mehr zu verkommen.

— Der „Dienst“. Man schreibt aus Fulda: „Fulda, 19. Juni. Heute Vormittag stand der verantwortliche Redacteur der „Fuldaer Zeitung“, Caplan Joseph Pauly dahier, wiederum vor den Schranken der hiesigen Kreisgerichtskammer, bekanntlich angeklagt der Beleidigung des Polizeiwachmeisters Darenne durch den Satz in Nr. 58 der genannten Zeitung: „Jedenfalls dürfte es zweifelhaft erscheinen, ob der Polizeiwachmeister Darenne seiner Instruktion gemäß gehandelt habe, wenn er eine schwache Frau, die ein Bouquet überreicht hatte, vom Wagen weg in die Volksmenge schleuderte.“ Der Angeklagte trat durch sechs glaubwürdige Entlastungszeugen den Wahrheitsbeweis an und mußte, trotzdem der Schutzmann Franz eiblich erwiderte, daß der Polizeiwachmeister die betreffende Frau nicht angerührt hätte, bei den entgegenstehenden eiblichen Aussagen der sechs anderen Zeugen freigesprochen werden.“

Will Herr Generalstaatsanwalt Schwarze vielleicht so freundlich sein und sich dies notiren, damit er die Sache zur Hand hat, wenn bei der Revision des Reichsstrafgesetzbuchs in der nächsten Reichstagsession die bekannte „Unschlbarkeit“ des Dienstes zur Sprache kommt?

— Dr. Lessendorf, der frechste Biedermann, hat noch mit keinem der betrügerischen Gründer ein Hühnchen geplündert, wie etliche Zeitungen in langweiligem Köhlerglauben angelündigt hatten. Bei dem Geschäft ist kein rother Korb und auch kein Orden zu verdienen. Beweis: Ehren-Wagener, der bis auf den heutigen Tag in Amt und Würden ist, anstatt im Zuchthaus. Dr. Wagener bekleidet allerdings nicht mehr die Stelle des vortragenden Raths im Ministerium — diese Conzession an die öffentliche Meinung hat man für nöthig gehalten — bezieht aber noch seinen vollen Gehalt und zwar als aktiver Beamter. Sein Gehalt wird aus dem Reptilienfond bezahlt, und er arbeitet mit ungeschwächten Kräften an dem „Aufbau“ des Reichs der Gottesfurcht und frommen Sitte, zu dem ja er eigentlich den Plan gemacht hat. An solchem Will sich versuchen, das könnte ewigen Ruhm bringen, selbst wenn der Versuch mißlänge. In magnis voluisse sat est — in großen Dingen genügt schon der Wille. Warum beigen Sie nicht an, tapftrer und tugendritterlicher Herr Lessendorf?

— Aus Dielesfeld wird geschrieben: „In dem Berichte der hiesigen Handelskammer hat auch eine ausführliche Berücksichtigung die Beschäftigung von Frauen und jugendlichen Arbeitern in den Fabriken gefunden. Unser Bezirk besteht von sämmtlichen in Deutschland aus Flach-, Berg-, Hanf- und Jute laufenden Spindeln allein den siebenten Theil und den achten von allen für Leinen-, Dress- und Jute-Gewebe aufgestellten mechanischen Webstühlen; es wird daher dieselbe auch von der gesammten deutschen Flach- und Leinen-Industrie als natürlicher Vorort und Vertreter der Gesamtinteressen angesehen, und wurde

aus diesem Grunde auch seiner Zeit der Sitz des deutschen und österreichischen Leinenindustriellen-Bereichs nach hier verlegt. Dieser Verein zählt fast ohne Ausnahme sämtliche an den oben bezeichneten Industriezweigen beteiligten Firmen Deutschlands und Oesterreichs zu seinen Mitgliedern und ist der Vorstand desselben von der Handelskammer veranlaßt worden, in der vorliegenden Frage einiges statistische Material zu verschaffen. Auf das im Februar c. erlassene Circular an alle betreffenden Etablissements sind bis jetzt von 86 derselben eingehende Beantwortungen eingelaufen, die sich über die meisten Details der Frage verbreiten. Die 86 Etablissements, welche die Fragebogen beantworteten, repräsentieren 270,274 Spindeln und 3405 mechanische Webstühle. Die Gesamtzahl der in diesen Etablissements bei der Spinnerei und Weberei beschäftigten Arbeiter beträgt 21,697, von denen 12,006 weiblichen Geschlechts sind, und befinden sich unter diesen 1914 verheiratete Frauen und Wittwen, 8728 Mädchen über 16 Jahre, 1464 Mädchen von 14—16 Jahren. Kinder von 12—14 Jahren wurden insgesamt 921 beschäftigt. Darnach ergibt sich, daß die Spinnerei und Weberei vorzugsweise auf die Leistungen der weiblichen Hand angewiesen ist und die erwachsenen Arbeiterinnen mehr als 55 Prozent der gesamten Arbeiterzahl ausmachen. Die Durchschnittszahl der effektiven Arbeitsstunden pro Woche schwankt in den verschiedenen Landesteilen zwischen 66,73 (Braunschweig) und 72,79 (Sachsen). In Westphalen ist die Durchschnittszahl 67,90, also 11,33 Stunde pro Tag. Sonntags ruht in sämtlichen Spinnereien und Webereien der Betrieb vollständig. In ausländischen, namentlich aber in den böhmischen Spinnereien besteht notorisch eine längere tägliche Arbeitszeit, in einzelnen sogar 14—15 Stunden. Dabei haben diese auch noch niedrigere Lohnsätze als Deutschland. In dem Bezirke der Handelskammer zu Bielefeld werden in 8 Flachspinnereien und mechanischen Webereien mit 38,096 Spindeln und 688 mechanischen Webstühlen zusammen 3119 Arbeiter beschäftigt, nämlich 1303 Männer, 264 verheiratete Frauen und Wittwen, 1050 Mädchen über 16 Jahre, 204 Mädchen von 14—16 Jahre, 208 Kinder von 12—14 Jahren, — im Ganzen 1518 weibliche Personen. In der Wäsche- und Textilfabrikation sind hier in Bielefeld gegen 2200 bis 3000 Arbeiterinnen tätig. Der größte Teil derselben soll jedoch in der eigenen Wohnung arbeiten und nur 800—900 in gemeinschaftlichen Nähstühlen, so daß demnach die Gesamtzahl der in den verschiedenen Zweigen unserer Leinenindustrie fabrikmäßig beschäftigten Personen weiblichen Geschlechts auf reichlich 2400 anzunehmen ist.

Wir kommen auf diese Verhältnisse demnächst zu sprechen.

— „Humanität“. In Brüssel finden sich die Vertreter der europäischen Militärstaaten zusammen, um die „Humanität im Kriege“ zu befördern und „das Loos der Kriegsgefangenen zu erleichtern“. Der „Frankfurter Beobachter“ kennzeichnet in einem längeren Artikel diese alberne Heuchelei, welche darauf berechnet ist, dem Massenmord ein „humanes“ Mäntelchen umzuhängen, um die Dummen zu täuschen. Genanntes Blatt schreibt:

„Ein wahrer Wettkampf ist unter den Staaten entstanden, sich den ausschließlichen Besitz der „vervollkommensten“ Mordmaschinen zu sichern. Und gerade dabei kam die größte Heuchelei vor, die auf dem Felde der „Humanität“ wohl möglich ist. Ein Mensch, der ein Genie für die Kunst der Vervollkommenung der Kriegswaffen hatte, wollte die Welt mit einem neuen Fortschritt auf diesem schönen Gebiete beglücken. Er erfindet die explodierbare Entzündung unter den erschreckten Völkern, die Presse zweier Welttheile empört sich, die Armeen gerieten in Aufruhr und die Regierungen mischten sich hinein. Die explodierbare Kugel wurde verdammt, und der Erfinder, welcher bereits ein Dreizehner, ein Chassepot oder Krupp geworden zu sein glaubte, verlor sich mit seinem unverkündigten Patent schamerfüllt in einen Winkel der Erde. Aber welche Fliege hatte die empfindsame öffentliche Meinung, die Armeen und die Regierungen gestochen? Die explodierbare Flintenkugel, die nur einen Menschen auf einmal tödtet, wurde mit dem Anathem belegt; die Schrapnell, die Granaten, welche ganze Reihen von Soldaten niederreißten und durch Explosion sich in Tausende mörderischer Bleistücke verwandeln, sind hochgeehrt in das „Kriegsrecht“ aufgenommen! Die explodierbare Flintenkugel tödtet den von ihr getroffenen Menschen sofort und erlöst ihn von seinen Leiden; die Granate und Kanonenkugel reißt einen Menschen in zwei Stücke und verschafft uns, wie der letzte Krieg mehr als einmal gezeigt hat, den schauerhaften Anblick eines lebenden, blutenden, halben Menschen, dessen abgetrennte Körperteile weit von ihm hinweggeschleudert sind. Und die entsetzlichen Leiden der Verwundeten, welche tagelang in irgend einem Winkel des Schlachtfeldes verborgen bleiben, ehe der Tod sie erlöst oder die Tragbähre der Krankenträger sie erreicht — würde nicht der Tod durch eine explodierbare Flintenkugel eine wahre Wohlthat für sie gewesen sein? Aber die „Humanität“ empört sich gegen das kleinere Explosionsgeschloß und findet sich wohlgenüht mit den Schrapnell und anderen „Nothwendigkeiten des Krieges“ ab, mögen sie auch zehnfach schauerhafter sein. Welche Heuchelei auf der einen, welche Verblendung auf der andern Seite!“

Für die „großen Herren“, fügen wir hinzu, ist der Krieg human genug. Es ist noch kein Fürst, kein Prinz, kein Feldmarschall und kein General in einem Kriege erschoren oder verhandelt oder als Gefangener „inhuman“ behandelt worden. Wilhelmshöhe weiß davon etwas zu erzählen. Aber dem „gemeinen“ Soldaten, der seinen lebendigen Leib den tödlichen Kugeln bieten muß, der der Kälte, dem Hunger, dem Unwetter und sonstigen Strapazen ausgesetzt ist, bleibt freilich nicht wenig zu wünschen übrig. Und die Vertreter des Militarismus wollen uns glauben machen, daß sie diesen Wünschen gerecht zu werden gesonnen oder im Stande sind? Eitel Spiegelschneiderei!

Macht die Kriege unmöglich, wenn ihr „human“ sein wollt! Alles Andere ist Dummheit oder Raffinement!

— Da unsere „nationalen“ Blätter so viel von der „Bewunderung“ und „Achtung“ reden, welche sich Deutschland durch die Bismarcksche Politik nach außen erworben habe, so wollen wir heute eine ausländische Stimme sprechen lassen. Ein holländisches Blatt, das „Journal des Economistes“, schreibt anlässlich des 25jährigen Jubiläums des Königs von Holland:

„Protestanten und Katholiken, Bauern und Kaufleute, Reiche und Arme, alle haben das Bedürfnis gefühlt, um zu einander, zu Europa und zu Deutschland zu sagen, daß sie glücklich sind, unter einer Regierung des Friedens und der Freiheit leben zu können und daß sie durchaus keine Lust haben, im Deutschen Reiche aufzugehen, welches den Eindruck eines Raubvogels auf sie macht, der friedlichen, harmlosen Geschöpfen auslauert. Da haben wir wieder ein Beispiel für die Dienste, welche die Politik des Herrn von Bismarck und jener

nationalliberalen Partei der europäischen Civilisation bewiesen hat; denn indem man Europa in Unruhe erhält, werden die Militärbudgets von Jahr zu Jahr größer, die nationale Arbeit kann sich nicht entwickeln und Armuth und Elend sind die unausbleiblichen Folgen.“

Wir müssen freilich hinzufügen, daß das Jubiläum eines Monarchen wohl nicht der passende Zeitpunkt zu solchen Reflexionen ist, indem ja Bismarcks Unternehmungen auch alle auf die Vergrößerung einer monarchischen Hausmacht hinauslaufen, und überdies ist dem Könige von Holland das Verdienst einer „Regierung des Friedens und der Freiheit“ absolut nicht zuzuschreiben. Die Arbeiterklasse verspürt in Holland wenig von dieser „Freiheit“ und der Klassenkampf wird ihr den Genuß des „Friedens“ illusorisch gemacht haben. Aber das „Journal des Economistes“ scheint noch nicht von der Corruption des Reptilienfonds angefaßt zu sein; also heraus mit einem „Keinen Familienvermögen“, großer Schachmeister!

— Civilisation der Barbarei und Barbarei der Civilisation. In einem Vortrage, den er vor seiner Abreise nach Europa zu New-York hielt, erzählte Rochefort: „Als nach unserer glücklich bewerkstelligten Flucht der Dampfer, auf dem wir saßen, bei den Sandwich-Inseln anhielt, schickte der König derselben, der offenbar mit französischen Revolutionären bekannt werden wollte, einen seiner Adjutanten zu uns mit einer Einladung für den Abend. Mein Freund Olivier Pain und ich nahmen die sonderbare Einladung an, denkend, uns auf Kosten dieses barbarischen Königs, der unzweifelhaft unseren Republikanismus durch seine orientalischen Ideen vom absoluten Fürstenrecht und Königthum von Gottesgnaden in Erkaunen versetzen würde, vorzüglich unterhalten zu können. Wie groß war aber unser Erstaunen, und, ich muß sagen, unsere Demüthigung, als wir von den Lippen dieses Königs hörten, daß jene Wilden, die vor 80 Jahren den Capitain Cook mit Pfeilen erschossen hatten, heute ein aus allgemeinem Stimmrecht hervorgegangenes Parlament haben, welches alle 2 Jahre neu gewählt wird, damit die Vertreter des Volkes in beständiger Uebereinstimmung mit der öffentlichen Meinung sind; daß diese Wilden sich des unentgeltlichen und obligatorischen Schulunterrichts erfreuen; daß Väter, deren Kinder nicht lesen und schreiben können, mit Geld- und Gefängnisstrafen bestraft werden; daß das Königthum erblich ist und der König keine andere Macht hat, als die von dem nationalen Parlament angenommenen Gesetze zu sanctioniren und in Vollzug zu setzen; daß die Gemeindebeamten sämtlich von den Bürgern gewählt werden, und daß endlich sich in dem ganzen Land 20 öffentliche Schulen befinden und nur 1 Kirche. So sind alle jene Bürgerrechte der Freiheit, die wir civilisirten Europäer von unseren Regierungen vergeblich fordern, ins Leben getreten bei den Wilden der Südpac-Inseln. Und diese Wilden nennen wir Canibalen, wir, die wir von der Krankheit der Autokratie (Despotismus) zerfressen sind. Wir vermaßen uns, ihnen Missionäre zuzuschicken, und sie könnten uns politische Führer schicken. Der König der Sandwich-Inseln hatte kaum 1/2 Stunde mit uns gesprochen, als ich es für nothwendig hielt, ihn zu unterbrechen: „Ihr Betrüger, Sie (die französische Rede an Könige), kann sehr schlimme Folgen für Sie haben; hüten Sie sich nach Versailles zu kommen und derartigen Meinungen Ausdruck zu geben. Sie würden ohne Gnade und Barmherzigkeit eingesperrt, von jedem unserer Kriegsgerichte zur Verbannung in einen festen Ort verurtheilt werden. Die Freiheit der wilden Sandwich-Inselaner ist Hochverrath bei

In demselben Vortrage machte Rochefort über die Septemberrepublik und die Commune verschiedene sehr interessante Mittheilungen, auf die wir zurückkommen werden.

— Ueber den soeben abgehaltenen Jahrescongrès der englischen Landarbeiter-Union bringt die „Frankfurter Zeitung“ nach dem Bericht der „Times“, also des Hauptorgans der Bourgeoisie, folgende Einzelheiten, die, weil sie sich in der „Times“ befinden, ein doppeltes Gewicht haben.

„Im Ganzen waren über 70 Delegirte aus allen Theilen Englands versammelt und fast alle sind selbst Feldarbeiter gewesen. Sehr bemerkenswerth an den Arbeitern ist der gesunde Sinn, der sich unter Anderem auch in dem Widerwillen gegen lange Reden und Deklamationen ausdrückt. Die Behauptung, daß die Führer der Union, als „Agitatoren“ auf Kosten der ungebildeten Arbeiter leben, wird durch folgende Ziffern als schwächliche Verleumdung bloßgelegt. Arch, der Vorsitzende des Executiv-Comités, erhält wöchentlich 3 Lst., der Generalsekretär Taylor 2 Lst., sein Stellvertreter 2 Lst. 2 Sh., drei Delegirte jeder 25 Sh., 18 Delegirte 20 Sh., Jeder und Einer 16 Sh. Und unter diesen könnten die Meisten sich leicht durch eine andere Beschäftigung ein größeres Einkommen verschaffen. Ein Herr Colbed, Delegirter für Lincolnshire, erklärte, daß er, ehe er dies Amt übernahm 30 Sh. in der Woche hatte und soviel auch jetzt verlangen möchte, worauf ihm einer der Delegirten unter der Heiterkeit der Versammlung den Rath gab, zu striken. Im Ganzen hat die Union 89 bezahlte Agenten. Im Laufe des Jahres hat die Union 5,200 Lst. für Aus- und Einwanderung verausgabt, und ungefähr 25,000 Menschen, darunter 7—8000 Mitglieder der Union haben davon Nutzen gezogen. Für Strikende und durch den Arbeiterausfluß Betroffene wurden 7,476 Pfund verausgabt. Das Gesamtinkommen der Zweig- und Distrikvereine betrug 21,129 Pfund und die Verwaltung der Centralleitung kostete 9,305 Pfund. Für die in den östlichen Grafschaften Angehörigen sind bereits 14,259 Pfund verausgabt worden. Der Vorsitzende des ersten Tages — derselbe wechselte jeden Tag — G. Dixon, befürwortete den Plan, durch die Union für Erweiterung des Stimmrechts, das Recht der Selbstverwaltung in Stadt und Land, die Abschaffung der Staatskirche und der Jagdgesetze, Erwerbung von Land und andere politische Fragen zu agitiren. Eine Resolution sprach sich für Fortsetzung des Kampfes in den östlichen Grafschaften aus; doch erklärte man sich geneigt, den Streit einem aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern zusammengesetzten Comité, wenn nötig selbst einem Schiedsgericht zur Schlichtung zu übergeben. Als niedrigster Wochenlohn für Bedford- und Cambridgeshire, Suffolk und Essex werden 16 Sh. empfohlen, falls jenes Comité nicht zu Stande kommt. Einige Sorge empfand man wegen des Geldes, da bisher durch Umlage auf die Mitglieder nur 3000 Pfund zusammengekommen sind. Auf die Unterstützung des Publikums könne man nicht bauen, trotzdem fand der Antrag, jedem Mitgliede 3 v. wöchentlich aufzuliegen, Angesichts der enormen Aufwendungen, welche die Arbeiter schon gemacht haben, nicht die Majorität. Es sollen wieder Aufrufe an die Gewerksvereine und das Publikum erlassen werden. Es wurden die Regeln für eine Kranken-Unterstützungskasse festgesetzt, welche in Verbindung mit der Union gebracht werden soll, doch blieb es zweifelhaft, ob die Arbeiter im Stande sein werden, genug einzuzahlen, um im Alter davon zu leben.

Von allen Seiten aber wurde bestätigt, daß die Arbeiter nur ungerne sich an die öffentlichen Armenpfleger wenden. Nicht ohne Interesse wird es sein, den Zweck der Union, wie ihn das revivirte Statut definiert, kennen zu lernen. Darnach soll dieselbe streben: 1) die allgemeine Lage der auf den Farmen und sonst beschäftigten Arbeiter im ganzen Königreich zu verbessern, und zwar durch Erhöhung der Löhne und durch Verminderung der Arbeitsstunden, durch Beschützung der Interessen der Mitglieder und ihrer Vertreter vor Gericht, durch Hilfe bei Ein- und Auswanderung; 2) die Bildung von Zweig- und District-Unionen und deren Zusammenwirken zu befördern; 3) zur Verhinderung von Differenzen oder zur Erleichterung einer freundschaftlichen Beilegung derselben soll das National-Executiv-Comité berechtigt sein, Special-Comités zu veranstalten, welche zu gleichen Theilen von Arbeitern und Arbeitgebern besetzt, die Art der Verständigung vorzuschreiben können. Die Zeit für Schiedsgerichte schien jedoch den Meisten nicht gekommen, dagegen stimmten darin Alle überein, daß kein Strike unternommen werden dürfe ohne Genehmigung des Executiv-Comités. Das Alter der Vereinsmitglieder wurde von 15 bis 55 Jahren festgesetzt, das Eintrittsgeld auf 6 d., der wöchentliche Beitrag auf 2/4 d. bestimmt. Rauben von 15 bis 17 Jahren zahlen die Hälfte. Die Majorität beschloß, den Eintritt der Frauen in die Union fürs Erste nicht zuzulassen, obgleich dies in manchen Gegenden bereits geschehen ist und einige Delegirte sehr lebhaft für Zulassung derselben sprachen. Die jedem ausgeschlossenen Arbeiter gewährte Unterstützung beträgt 9 Sh. pro Woche. Der nächste Congrés findet in Birmingham statt.“

— Der Kohlengräberstrike in Ohio. Die „Arbeiterzeitung“, unser New Yorker Parteiorgan, schildert uns, wie weit die Brutalität der amerikanischen Bourgeoisie geht. Sie schreibt:

„Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, wie in letzter Zeit, besonders seit dem 13. Januar, die Kämpfe der amerikanischen Arbeiter mit ihren Arbeitgebern nicht nur erbitterter und hartnäckiger, sondern auch brutaler und blutiger werden. — Nicht durch ruhige sachliche Prüfung vermittelt Schiedsgerichte, wie es die großen Gewerksvereine der Miners (Kohlengräber), Maschinenisten und Schmiede, Räder, Cigarrenmacher und andere anstreben, werden die Streitpunkte zwischen beiden Parteien entschieden, sondern viel öfters durch Polizeimittel, Messer und Pistolen. — Die Ausbeuter und deren Werkzeuge sind es, welche diese „Gründe“ immer zuerst und vorherrschend anwenden und die um ihren Arbeitslohn und um ihr Recht kämpfenden Arbeiter sind die — Opfer der Gewaltthat. Die bürgerliche Presse stellt die Thatfachen stets auf den Kopf und stempelt die Opfer zu den Uebelthätern und die Behörden handeln im gleichen Sinne. So verhält es sich in allen und besonders in dem Falle, dessen wirklichen Sachverhalt wir heute unsern Lesern mittheilen. — Seit Anfang April sind die Kohlengräber in den Gruben des Straitsville- und Hocking-Thales in Ohio, welche der Miners-Union angehören, im Ausstand. Die Contractoren wollten einige Abänderungen bei der Abrechnung für die gewonnenen Kohlen einführen, wodurch die Arbeiter eine Einbuße am Arbeitslohn erlitten hätten. Die Ausbeuter stellten einige Leute an die Arbeit, welche keine Miners sind, bewaffneten sie mit Revolvern und beauftragten sie, auf Jedermann zu schießen, der sie belästigen würde! Diese Leute wurden von den Unionmännern Kullur genannt. Man ließ sie ungestört; doch eines Tages ereignete sich folgendes: Zwei Union-Männer, Sheppard und Knox, welche sich den Gruben genähert hatten, wurden von den Kullur mit Pistolenschüssen angefallen und Sheppard schwer verwundet. Da beachtete der Telegraph, daß die alten Miners einen Aufruhr angefangen haben und vom Gouverneur Allen Truppen verlangt worden seien. Die Untersuchung zeigte, daß die Kullur die Angreifer gewesen und zwei von ihnen wurden den Gerichten überwiesen. — Zwei Wochen später begegneten zwei Arbeiter der beiden Parteien sich in den Straßen des Dorfes Nelsonville. Der Kullur zog ein Pistol und schoß den Union-Mann nieder. Der tödtlich verwundete feuerte nun seinerseits auch den Revolver ab und traf seinen Mörder! — Da logen die Blätter, „die Union-Männer ermorden friedliche amerikanische Bürger auf der Straße“ u. s. w. — Wiederum wurden Soldaten verlangt, um, wie die Contractoren prahlten, die Kohlen mit den Spigen der Bajonette zu graben! Aber Gouverneur Allen sandte statt der Soldaten den Staatsmineralspektor Knox, welcher eine Versammlung beider Parteien berief, um die gegenseitigen Klagen zu hören und einen friedlichen Ausgleich herbeizuführen. Wer nicht kam, das waren die Herren Ausbeuter; dieselben erklärten: „sie werden die „Union“ niemals anerkennen!“ Die Contractoren haben sich selbst vereinigt und schwere Geldstrafen für den ausgef. welcher einen Union-Mann beschäftigen würde. — Dies ist der gegenwärtige Stand der Angelegenheit für eine Lösung ist vorderhand noch keine Aussicht!“

— Aus Salzburg in Oesterreich wird uns geschrieben:

„Laut Was des Statthalters sind hier am 20. Juni sämtliche Arbeitervereine, als da waren: Arbeiterbildungsverein, Fachverein der Holzarbeiter, Fachverein der Eisen- und Metallarbeiter, Fachverein der Kleidermacher und der Fachverein der Müller und Bäcker aufgelöst worden. Motivirt ist die Auflösung sämtlicher Vereine damit, daß im Arbeiterbildungsverein und im Fachverein der Holzarbeiter widerrechtlich Politik getrieben worden sei. Also weil nach obrigkeitlicher Anschauung in zwei Vereinen Politik getrieben worden sei, müssen gleich sechs Vereine aufgelöst werden. Glaubt etwa der Herr Landesregierende, Graf Thurm, nun auch die sociale Frage „aufgelöst“ zu haben? Er täuscht sich! Festsetzt also zuvor steht das Proletariat zusammen, um gegen die kulturfeindliche Clique der Bourgeoisie und Bureaucratie anzukämpfen, welche glaubt, mit Gewalt eine berechtigte Bewegung unterdrücken zu können. Ihr kommt zu spät Tyrannen! Oder wähnt Ihr, mit einem Federstrich die sociale Frage zu bannen! Kurzfristige, eitle Thoren! Unsere Organisationen habt Ihr aufgelöst, aber die socialdemokratische Partei lebt noch; sie ist allgegenwärtig. Die Idee des arbeitenden Volkes hat ihren Sitz aufgeschlagen in unsren Köpfen und Herzen, und erst uns müßt Ihr beseitigen, wollt Ihr anders die Idee, die Partei beseitigen.“

Hoch das Proletariat!“

— Der allgemeine deutsche Arbeiterverein ist laut Verfügung des Berliner Polizeipräsidenten für Berlin vorläufig aufgelöst.

Jüngere Partei-, Verwaltungs- und Organisations-Angelegenheiten.

An die Parteigenossen!

Zum Congrés sind ferner folgende Anträge gestellt worden: Die Chemnitzer Mitglieder beantragen, den nächsten Parteicongrés in Chemnitz abzuhalten.

W. Liebknecht in Landbegeß beantragt: In den „Volksstaat“

werden Geschäftsannoncen irgend welcher Art, mit Ausnahme der Ankündigung von Parteiprogrammen, nicht aufgenommen; eventuell beantragt derselbe:

Ueber dem Annoncentheil des „Volkstaat“ haben die Worte zu stehen: Für den Inhalt der nachstehenden Annoncen übernimmt die Redaction des „Volkstaat“ keinerlei Verantwortung.

Die Breslauer Mitglieder beantragen: Der Congress solle beschließen:

1) Die Quittung der Parteisteuern geschieht durch Marken, gleichwie bei der Internationalen Arbeiterassoziation; die Farben der Marken sind dreimonatlich verschieden. Sobald die Parteilisten verbraucht sind, werden die Marken auf das Parteiprogramm geklebt.

2) Der Parteisekretär wird alljährlich auf dem Congress gewählt. Die Harburger Mitglieder beantragen: Der Congress solle beschließen, in Norddeutschland eine regere Agitation ins Leben zu rufen.

Die Parteigenossen in Köln beantragen einstimmig, daß der Bericht der Commission zur Prüfung des Parteiprogramms auf dem diesjährigen Congress nicht zur Berathung und Beschlußfassung gestellt, sondern den Parteigenossen aller Orte gedruckt mitgeteilt werde, damit solche dieselben eingehend prüfen und dann ihre Delegationen zu dem Congress des Jahres 1876 mit gehörig besprochenen und motivierten Anträgen in Bezug auf die Revision versehen können.

Die Mainzer Mitglieder beantragen: Der Congress solle beschließen, den Parteivorort nach Süddeutschland zu verlegen.

Nürnberg Mitglieder beantragen: Der Congress solle beschließen:

1) Der Beschluß des vorjährigen Parteicongresses, wonach der Vorort der Partei alle zwei Jahre wechseln muß, wird außer Kraft gesetzt (Aenderung des § 16 der Organisation).

2) Der Vorort der Partei wird für das neue Geschäftsjahr in Hamburg belassen.

Die Waldenburger Parteigenossen beantragen: Der Congress möge beschließen: Für die Privat- und Vergnügungsangelegenheiten im „Volkstaat“ ist eine Freidermähigung einzuführen, so daß die Beiträge höchstens mit 1/2 Gr. berechnet wird.

W. Brade in Braunschweig beantragt folgende Aenderung des Parteiprogramms (siehe Congressprotokoll von 1873):

a. Punkt II, 6 des Programms als einen besonderen Abschnitt unter IV aufzuführen.

b. Den Eingang bei III wie folgt zu fassen: „Bei der Agitation für diese Grundsätze ist zunächst auf folgende einzelne Punkte Gewicht zu legen:

c. An Stelle von III, 10 zu setzen:

10) Die Nothwendigkeit einer umfassenden gewerkschaftlichen Organisation zur Wahrung der Arbeiterinteressen innerhalb der heutigen Produktionsweise.

11) Aufklärung über die Bewegungsgesetze der modernen Gesellschaft und deren Ziel: Befreiung des Privatbesitzes an Allem, was jetzt Kapital heißt und hierdurch Befreiung der Lohnarbeit.

12) Die internationale Zusammengehörigkeit des Proletariats.“

Dr. Aug. Theob. Stamm in Berlin beantragt: Punkt I. und II. des Parteiprogramms sammt den Ausführungen bleiben wie sie sind, Punkt III. mit den Ausführungen 1—8 bleiben ebenfalls, wie sie sind, dann wird hinzugesetzt:

IV. Wir verlangen die Befreiung des arbeitlosen Erwerbs, der ohne eigenes Verdienst lediglich die Resultate der Arbeit Anderer aufsaugt und genießt und die Begründung jeglichen Erwerbs auf entsprechende Arbeit durch folgende diesem Zweck entsprechende Reformen:

1) In Erwägung, daß die Sklaverei des Alterthums, die Leibeigenschaft des Mittelalters und die Sklaverei der Neger auf dem privaten Grundbesitz fundirt waren, daß also der private Grundbesitz in der Vergangenheit dem arbeitlosen Erwerb und der Volksausbeutung als Hauptstütze diente, in fernerer Erwägung, daß noch heute*) die Hauptquote des arbeitlosen Erwerbs aus dem privaten Grundbesitz fließt, verlangen wir die gänzliche Befreiung des privaten Grundbesitzes.

Die hauptsächlich auf privaten Grundbesitz dargeliehenen Privatkapitalien, deren der Volkstaat als Gesamtgrundbesitzer nicht dauernd bedarf, werden dann als Grundbesitzhypotheken keine Zinsen mehr erzielen können und somit wird auch diese Quote des arbeitlosen Erwerbs in Fortfall kommen.

2) Die Expropriationsentschädigungen für den Privatgrundbesitz werden nach dem vorhandenen Extrage und nach dem durch eigene Arbeit des Besitzers geschaffenen Werthe geregelt. Derjenige Mehrerwerb, der ohne alle Arbeit der Grundbesitzer, durch die sich mehrende Bevölkerung und deren Arbeitsgeschicklichkeit und Erfindungsgeist entsteht, darf bei der Expropriation in keiner Weise den Privatgrundbesitzern zu Gute gerechnet werden. Viele derselben können froh sein, wenn man sie wegen des vollkommeneren, unglückseligeren Boden- und Baustellenwuchers, den sie schon getrieben haben, nicht nachträglich zur Rechenschaft zieht. Nur der Gesamtbesitz dürfen die durch die wachsende Bevölkerung und deren Arbeitsgeschicklichkeit sich unabhängig von der Arbeit des Privatbesitzers mehrenden Bodenwerthe zu Gute kommen, sie allein ist deren rechtmäßiger Eigentümer.

3) Nachdem der Grund und Boden gemeinsames Volkseigentum geworden ist, darf derselbe nie wieder verkauft, sondern nur auf 30 Jahre und längere Fristen für Acker- und Gartenbau und auf 100 Jahre und längere Fristen für Häuserbau verlichen, d. h. verpachtet werden.

4) Die Ruhmiegung der mineralischen Schätze, der Petroleum-, Asphalt- und Heilquellen darf ebenfalls nur verpachtet werden, wobei den Entdeckern neuer derartiger Schätze besondere Belohnungen vorbehalten bleiben.

5) Alle für die Ruhmiegung des Erdbodens, seiner Gewässer u. s. w. von Genossenschaften und Privaten eingehenden Pachtgelder dürfen nicht nur im Interesse der Volksmillionen verwendet werden. Eine sehr centralisirte Leitung ist bei der Verpachtungsvorwaltung, wie bei der Verwendung der Pachtgelder möglichst zu vermeiden, um Mißbräuchen vorzubeugen.

6) Der Volkstaat hat im Wege der Expropriation und durch Amortisationsfristen sich den Besitz und die Leitung des gesamten Transportwesens zu sichern. Die vermöge des Transportwesens erzielten Ueberschüsse sind für dessen Bervollkommnung und Erweiterung und niemals anders als im Interesse des Allgemeinwohls zu verwenden.

7) Der Volkstaat übernimmt die Oberleitung des gesamten Creditwesens vermittelt einer mit dem ausschließlichen Monopol ausgestatteten Hauptbank und ihrer je nach Bedürfnis über das Land zu verbreitenden Filialen. Die Ueberschüsse der Banken dienen als Ersatz für Steuern und Abgaben.

*) Sgl. Aug. Theob. Stamm: Die Erlösung der darlehenden Menschheit. 2. Auflage. Jülich 1873. Schabell'sche Buchhandlung.

8) Der Volkstaat vervollkommen die Erbschaftsteuern.

9) Der Volkstaat anerkennt die internationale Zusammengehörigkeit der Menschen und sucht dieselbe durch internationale Gerichte und Schiedsgerichte auf jede gerechte Weise zu fördern. Wie der Einzelne im Volkstaat nie das Gesamtwohl aus den Augen verlieren darf, so ist das Thätigkeitsziel der Volkstaaten und ihrer Bündnisse unter einander die Förderung des Menschheitswohls, — Brod, Bildung, Glück für Alle!

Vom Parteigenossen Silvanus wird beantragt, dem Programm einen neuen Theil IV. anzuhängen, lautend:

„Es ist mit allen gesetzlichen Mitteln dahin zu streben, daß auf möglichst friedlichem Wege die Reformation der Gesellschaft eingeleitet wird durch Aufhebung des Erbrechts und Einsetzung rein demokratischer Behörden zur Controlierung der Durchführung dieses Gesetzes und zur planvollen Regelung der ökonomischen Uebergangszustände.“

In der Commission zur Prüfung des Parteiprogramms circuliren folgende Vorschläge, beantragt vom Commissionmitglied August Geib:

In Theil II. des Programms die Punkte 5 und 6 also zu fassen:

II, 5. Die politische und ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse ist nur möglich, wenn letztere gemeinsam und einheitlich den Kampf führt; die socialdemokratische Arbeiterpartei erkennt daher die Nothwendigkeit ihrer einheitlichen Organisation und ist bestrebt, es jedem Einzelnen innerhalb der letzteren zu ermöglichen, seinen Einfluß für das Wohl der Gesamtheit geltend zu machen.

II, 6. Die Befreiung der Arbeit ist weder eine lokale, noch eine nationale, sondern eine sociale Aufgabe, welche alle Kulturländer umfaßt und jedem Mitgliede der socialdemokratischen Arbeiterpartei gebietet, unablässig als Förderer der internationalen Arbeiterinteressen thätig zu sein.

In Theil III. des Programms den jetzigen Punkt 4 (Volkswehr) als Punkt 6, dagegen den jetzigen Punkt 5 als 4 und 6 als 5 einzureihen, ferner den jetzigen Punkt 8 hinter Punkt 9 zu setzen und dann, mit Streichung des jetzigen Punktes 10, folgende Punkte anzufügen:

10. Begünstigung gewerkschaftlicher Organisationen zur Wahrung der Arbeiterinteressen innerhalb der heutigen (kapitalistischen) Produktionsweise.

11. Staatliche und gewerkschaftliche Förderung von Productivgenossenschaften unter demokratischen Garantien (siehe II., 3 u. 4).

12. Anstrengung eines ökonomischen Uebergangszustandes durch Beschränkung des Erbrechts an alle Arbeitsinstrumente und demgemäß allmähliche Umwandlung des Grund und Bodens in Gemeineigentum.

Ferner beantragt Geib auf Anregung einzelner Commissionmitglieder noch folgende Aenderungen des Programms:

II, 3. Die ökonomische Abhängigkeit des Arbeiters vom Kapitalisten bildet die Ursache der Knechtschaft in jeder Form; die socialdemokratische Arbeiterpartei erstrebt deshalb, unter Ausschaffung der kapitalistischen Produktionsweise (Lohnsystem), auf Grund genossenschaftlicher Arbeit die sozialistische Organisation der Gesellschaft.

III, 1, hinter das Wort „Vertretungskörper“ zu setzen: „und zwar auf Grund des Ein-Wahlkreissystems“.

III, 9 (event. später 8): Abschaffung aller indirecten Steuern und Einführung einer einzigen direkten progressiven Einkommensteuer für Staat und Gemeinde, sowie Einführung der progressiven Erbschaftsteuer.

Mit Hinweis auf die Restantenliste in Nr. 72 ersuchen wir dringend, die restanten wie laufenden Parteibeiträge, sowie die Beträge für vorjährige Congressprotokolle und für Material, umgehend an den mitunterzeichneten H. Venneke einzulassen, Wegen Fertigstellung der Abrechnung für den Congress müssen die Beiträge für Juni spätestens bis zum 9. Juli an den Parteicassirer entrichtet werden. Hierbei machen wir darauf aufmerksam, daß ein Ort, der mit seinen Parteisteuern im Rückstande ist, auf dem Congress nicht vertreten werden kann.

Hamburg, 27. Juni 1874. Mit Gruß!

Der Ausschuß J. A.: H. Venneke, II. Schäferkamp 36. August Geib, Rüdigermarkt 12.

Gewerkszenoffenschaftliches.

Gewerkszenoffenschaft der Mannufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter.

Crimmitschau, 23. Juni. (Krankenkasse.) Die am 7. Juni gewählte Vorortverwaltung hat sich am 20. Juni constituirte und Carl Pampel als 1. Vorsitzenden und Anton Böhsch als 1. Cassirer gewählt. Der Aufsichtsrath konnte sich nicht constituiren, weil Verschiedene ablehnten und in Folge dessen 2 Nachwahlen nöthig sind. Aus gewissen Gründen nennen wir die übrigen Namen nicht. Ferner wollen wir erwähnen, daß die an die Mitgliedschaften versandenen Scheine und Marken à Stück mit 1 Pf. berechnet werden. Sendungen an die Mitgliedschaften werden von jetzt ab nur Sonntags besorgt.

Carl Pampel 1. Vors. Auenstraße 719. Anton Böhsch, 1. Cassirer. Turnhallenstr. 303 C.

NB. Da es uns wegen Mangel an Zeit nicht möglich geworden, einen Auszug aus den verschiedenen Statutenänderungen zu machen, so wollen wir wenigstens die hervorragendsten Punkte kurz andeuten: 1) Der Cassabestand-Vortrag (siehe Abrechnungsschema) muß jedesmal wieder mit verrechnet werden. 2) Das Einschreibegeld beträgt für Nichtgewerkschaftsmitglieder 10 Mgr. 3) In Fällen, wo vom Arbeitgeber der Haftpflicht genügt werden muß, zahlt die Kasse nichts. Die Vertrauensleute haben die Abrechnungen jedesmal auf ein Kalendervierteljahr und zwar mit dem letzten Tag des 3. Monats anzufertigen und bis zum 15. des nächsten Monats also jetzt bis zum 15. Juli unbedingt einzulassen. Bestellungen auf Protokolle der Generalversammlung wolle man auch schleunigst bewirken (à 1/2—2 Gr., damit wir die Stärke der Auflage bemessen können. Böhsch Belege, Ranis Abrechnungen senden. Die Vorortverwaltung.

Metallarbeitergewerkszenoffenschaft.

Hannover. Den Mitgliedern zur Kenntniß, daß sich die Controllcommission constituirte hat und wurde Adolph Pessch zum ersten Vorsitzenden, wohnhaft Bodstraße 13, 2 Tr., und Ernst Urban, zum zweiten Vorsitzenden, wohnhaft Linden vor Hannover, Behnerstraße Nr. 3, gewählt.

Gewerkschaft der Holzarbeiter.

Köln. Bis zum 15. Juli ist meine Wohnung noch Severin-

straße 127; vom 18. Juli an erst wohne ich Mühlengasse Nr. 23 am Altmarkt. Herrn. Bruch, Bredolin.

Gewerkschaft der Schuhmacher.

Nachdem auf letzter Generalversammlung Leipzig als Ort des Aufsichtsraths für dieses Jahr wiedergewählt ist, bringen wir allen Genossen zur Kenntniß, daß die Mitglieder Kirsten, Börsch, Pauler, Müller und Zucht in den Aufsichtsrath gewählt worden sind. Es sind daher alle Zuschriften für den Aufsichtsrath zu richten an Julius Kirsten, Körnerstr. Nr. 15a, II.

Correspondenzen.

Leipzig, 21. Juni. Wie unsere sogenannten „Reichsfreunde“ es verstehen, den kleinen Mann zur Bezahlung seiner eigenen Angelegenheiten mit heranzuziehen, haben wir schon hinlänglich erfahren. Ueberall sind sie dieselben, und jemeher sie das Heft in die Hände haben, um so toller wirtschaften sie darauf los. Daß unser von dem löblichen „Organ für Schweinsknöchel und Sauerkraut“ in die Schule genommene Leipzig durchaus keine Ausnahme von der Regel macht, versteht sich von selbst; ja man wird wohl leicht im „Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte“ keinen Ort finden, von dem es übertroffen werden möchte. Wir übergehen heute die gerühmte Finanzwirtschaft, wie sie hier getrieben wird, und begnügen uns nur für diesmal, unserm Leser ein Bild zu entwerfen, woraus er erkennen soll, wie unsre Bourgeoisie herausgebracht hat, für sich zu sorgen. Schon seit Jahren ist man hier damit umgegangen, für Knaben und Mädchen sogenannte Ständeschulen zu errichten. Wohl waren schon zwei Gymnasien und eine Realschule sowie mehrere höhere Privatschulen vorhanden; allein die ersteren erfordern eine zu große geistige Anstrengung, welche mit wenigen ehrenwerthen Ausnahmen von unsern Reichen möglichst gern vermieden wird, und die letzteren verlangen ein so hohes Schulgeld, daß es ja weit angenehmer ist, die Hälfte davon für Champagner und andere Lustbarkeiten auszugeben als für die eignen Kinder. Dafür können Andere sorgen! Man, die Sache war einmal angeregt, und so mußte denn auch weiter darin vorgegangen werden. Der Rath nahm sich diese Angelegenheit bald zu Herzen, und die Stadtverordneten hatten nichts dawider, um ihre alten Freunde nicht vor den Kopf zu stoßen. Die Anstalt sollte sich ja selbst decken, d. h. so viel Schulgeld erheben, als zu ihrer Erhaltung nöthig sein würde. Dies war nun wieder einmal so eine Phrase, wodurch das Publikum sich täuschen ließ und die wahre Gestalt jener Volkseigenen nicht erkannte. Kurz, die Sache wurde angenommen und zunächst mit dem Plan zur Errichtung einer höheren Töchterschule vorgeklärt. Die Kinder einer Freischule, deren Klassen nicht mehr hell und geräumig genug sein sollten, wurden an die äußersten Grenzen der Stadt gewiesen, obgleich den entfernt Wohnenden der weite Weg bei Sturm und Wetter recht sauer werden mußte, und das kaum verlassene Lokal nahm die Töchter der Bornehmern auf, weil es so recht hübsch in der Mitte der Stadt gelegen war. Das Schulgeld bedeckte bei weitem die Ausgaben nicht; der Gemeindefiskus mußte fort und fort gesüßelt werden, da die Lehrer besser besoldet wurden als an der Bürgerschule und da auch Freistellen für besser situierte Beamte eingerichtet wurden und die ganze Ausstattung der Anstalt eine reichere war. War die Anstalt einmal da, so mußte sie auch erhalten werden. Es sind ja genug kleine Bürger da, auf welche bei der Theilung des Defizits doch nur ein kleiner Theil kommt. Wichtig, das Lokal ist zu klein und es muß, natürlich auf Kosten der Gemeinde, eine neue Schule gebaut werden, zu welcher nur der Platz, nach Angabe des Herrn Stadtverordneten Dr. Kühn, auf 120,000 Thaler kommen dürfte, und derselbe Herr war es auch, der Ehrgefühl genug besaß, die Errichtung einer solchen Ständeschule mit voller Entrüstung als eine Ungerechtigkeit gegen die Gemeinde zu bezeichnen. Wird die prachtvolle neue Schule fertig sein, so fordert jedes Kind dieser Gesellschaft von der Gemeinde eine Zulage von 20 bis 30 Thlr., wozu auch der arme Arbeiter sein Theil beitragen genöthigt ist. Und das nennt man Gerechtigkeit in unferer frommen Zeit! In keinem Ort Deutschlands würde die Bourgeoisie so schamlos gewesen sein, solche Forderungen an die Commune zu stellen; sie würde überall so viel Gerechtigkeitgefühl gehabt haben, um einzusehen, daß auch dies ein Stückchen gemeiner Communismus ist. Wie weit überhaupt der Gerechtigkeitssinn heute noch geht, werden wir nächstens weiter ausführen, wenn wir auf die Verstrafung der Kinder kommen und sehen müssen, daß die Armen Stockhiebe erhalten, wo die Bessersituirten frei ausgehen.

Dresden, 25. Juni. Ueber die Eröffnung des 4. deutschen Buchdruckercongresses, der seine Thätigkeit am 21. begann, schreibt der „Dresdner Volksbote“ u. A.: In dem festlich geschmückten Saale des Schillerschloßes wurde die Feier am Sonntag, den 21. d. M. Nachmittag mit einem meisterhaft vorgetragenen „Festgesang an die Künstler“ eröffnet, worauf die Begrüßung der Festgäste Seitens des Vorstands vom hiesigen Buchdruckerverband, Herrn Wiener, in einer kurzen Ansprache erfolgte, in welcher derselbe den Festgästen und besonders den Delegirten ein herzliches Willkommen zurief und besonders betonte, wie erst kürzlich dem deutschen Buchdruckerverbande eine große Gefahr droht, derselbe jedoch auch diese Krise glücklich überwunden habe und fester als je bestehe. Mit dem Wunsche eines guten Gedeihens der Verhandlungen endete der Redner mit einem Hoch auf die Delegirten. Nach diesem Vortrag hielt der Präsident des deutschen Buchdruckerverbandes, Herr Rich. Härtel aus Leipzig, die Festrede. Derselbe verglich den Buchdrucker-Verband mit einer großen Pyramide, dessen Fundament (die Arbeiter), aus den breitesten Grundlagern gebildet, die Spitze (die Emporgelassenen) trügen, und daß es gelte, die einzelnen Gruppen dieses Fundaments, welche theils durch Herabfallen nicht ganz hinaufgekommenen Größen, theils durch selbstthätige Zwecke geschaffen worden seien, zu einem festen Ganzen wieder zu einigen und zu verschmelzen, ohne welches Fundament die Spitze nicht bestehen könne. Mit einem dreimaligen Hoch auf den deutschen Buchdruckerverband schloß Herr Härtel seine Rede. Schon am Eingange derselben wurden von ihm die eingelassenen Begrüßungswortgramme verlesen und von der Versammlung beifällig aufgenommen. Den Schluß der Feier bildete das „Vandellied“ von Mozart: „Brüder, reicht die Hand zum Bunde“, worauf sich die Delegirten der deutschen Bauverbände (wohl ca. 30) zur Durchberatung der Geschäftsordnung in den oberen Saal versetzten und konnte man schon hier hören, wie die Geister aufeinander plagten und daß die deutschen Buchdrucker wissen, was sie wollen. Rufen darum auch wir ihnen ein: „Gott grüß die Kunst!“ zu, mit dem Wunsche eines guten Gedeihens der Verhandlungen des 4. deutschen Buchdruckercongresses.“

Berlin, 26. Juni. In den meisten hiesigen Zeitungen jammert seit einigen Tagen ein Theil der hiesigen Buchdruckerbeiträge, unterstützt von den betreffenden Redaktionen, über die „Ge-

waltthätigkeit" und „Unverschämtheit“ der Berliner Verbandsleiter und schreit nach Segern, nach recht vielen gefügigen Segern. Ursache dieser Klage ist die am Donnerstag, den 18. Juni stattgehabte Arbeitseinstellung beim Buchdruckerbesitzer Gensch, die dadurch herbeigeführt wurde, daß derselbe (als Schlichter-Concurrent in Berlin genugsam bekannt) den betreffenden Segern gegenüber seinen Verpflichtungen nach wiederholtem Auffordern nicht nachkam.

Viele der Leser des „Volkstaats“ werden sich erinnern, daß vor etwa einem Jahre die Buchdruckerbesitzer eine Aussperrung der Segen in Scene setzten, die sich über ganz Deutschland erstreckte. Das Resultat dieser Aussperrung war, daß Prinzipale und Gehilfen sich über einen Tarif einigten, der für ganz Deutschland gelten sollte, und, um allen Streit zu vermeiden, Schiedsgerichte ins Leben riefen, deren Aussprüche sich Jeder zu fügen hätte.

Ob diesen vereinbarten Tarif die „armen, gutmüthigen“ Prinzipale oder die „gewaltthätigen, unverschämten“ Segen während seines Bestehens verlegt und ihr Wort gebrochen haben, werden wir weiter unten verlegen.

Vorausgeschickt müssen wir, daß dieser vereinbarte Tarif nicht nur nicht von den meisten Prinzipalen verlegt, sondern überhaupt in dem größten Theile Deutschlands noch gar nicht eingeführt ist. Hier in Berlin hätte man jedenfalls auch recht lange warten können, wenn die Einführung des Tarifs den Prinzipalen überlassen wäre. So aber nahmen die Segen die Einführung selbst in die Hand und gelang es denselben auch, nach Beseitigung mancher Schwierigkeiten, den Tarif in den meisten Druckereien zur Anerkennung zu bringen. Da der Tarif für den Zeitungssatz keine speziellen Bestimmungen getroffen hatte, so einigte sich der Zeitungs-Verleger- und Drucker-Verein mit dem Verein Berliner Buchdrucker und Schriftgießer über Abmachungen, die unter dem Titel: Normativbestimmungen für den Zeitungssatz gedruckt und in den Zeitungsdruckereien als zu Recht bestehend eingeführt wurden. Zeitungsdrucker Gensch ist Mitunterzeichner dieser Normativbestimmungen.

Der Gehilfen-Verein hat sich an dem Tarif festgehalten, er hat das Schiedsamt (für Berlin wurde in Folge Einführung des Tarifs bis zur Inkraftsetzung der Schiedsämter in ganz Deutschland ein provisorisches Schiedsamt gewählt, das zu gleichen Theilen aus Prinzipalen und Gehilfen bestand), über dessen Nutzen die Meinung seiner Mitglieder eine getheilte war und ist, respektirt, er hat seine Mitglieder angehalten, den Aussprüchen des Schiedsamtes nachzukommen, kurz und gut, er hat Alles gethan, um mit den Prinzipalen in Frieden zu leben. Nahmen sich nun die Prinzipale ein Beispiel daran? O ja, nur umgekehrt. Sie mußten alle Augenblicke wegen Zahlungsverweigerung verklagt werden, sie entließen diejenigen Segen, die es gewagt hatten, sie durch das Schiedsamt an ihre Pflichten erinnern zu lassen, einzelne weigerten sich unter dem Vorwand ihrer Kollegen den Aussprüchen des Schiedsamtes nachzukommen und der Prinzipalverein vertrat endlich, als ihm dasselbe gar nicht mehr passen wollte, das Schiedsamt einseitig auf unbestimmte Zeit, ohne auch nur dem Gehilfen-Verein davon Mittheilung zu machen. Auf welcher Seite liegt nun die Gewaltthat, die Unverschämtheit, ihr sauberen Herren?

Nun kommen wir zu dem „neuesten Gewaltact“ des Verbandes, dem Konflikt mit dem Buchdruckerbesitzer Gensch, als Drucker der „Tribüne“.

Dieser erscheint seit dem 1. Juni täglich. Die Segen waren zur Herstellung derselben mit 8 Thlr. 20 Sgr. (dem Minimum des Arbeitslohns in Berlin) bei 10stündiger Arbeitszeit engagirt. Herr Gensch hatte durch dieses Engagement 1) eine Abmachung zwischen dem Verleger- und Drucker-Verein, dem sie noch heute angehört, und dem Buchdrucker- und Schriftgießerverein, die darin bestand, daß Zeitungen nur dann in Tagelohn hergestellt werden dürfen, wenn eine 6wöchentliche Alfordarbeit vorhergegangen ist und der sich daraus ergebende Durchschnittsverdienst als Wochenlohn gezahlt wird, 2) die Normativbestimmungen, deren erster Absatz unter allgemeine Bestimmungen dahin lautet, daß „die Arbeitszeit in einer Zeitung durch den Termin ihres Erscheinens bedingt wird und in jedem Geschäftsfälle besonders festzusetzen ist, verlegt.

Herr Gensch und seine Gesinnungsgenossen können dies, wie es nicht anders zu erwarten ist, nicht einsehen; der betreffende Herr glaubt schon alles Mögliche gethan zu haben, als er nach vielen Unterhandlungen den Segern 10 Sgr. wöchentlich zu legte und die Arbeitszeit um 2 Stunden verkürzte.

Damit konnten sich die betreffenden Segen nicht zufrieden geben, sie wandten sich vielmehr an ihren Verein, der in Folge dessen auch beschloß, daß die Segen der Gensch'schen Buchdruckerei an den Abmachungen der beiden genannten Vereine festzuhalten haben. Um diesen Beschluß auszuführen, boten die betreffenden Segen und der Beamte (Secretär) des Gehilfenvereins 8 Tage lang alle Uebereinkünfte auf, um Herrn Gensch zu einem Einlenken zu bewegen. Alles vergeblich; er erklärte: Ich gebe nicht eher nach, bis sie mich durch Arbeitseinstellung dazu zwingen; ich kann mich meinen Kollegen gegenüber nicht blamiren. Nun endlich riß die Geduld des Vereins. Er beschloß am Mittwoch den 17. Juni, die Gensch'sche Druckerei so lange für Vereinsmitglieder zu schließen, bis Herr Gensch dem Verlangen des Vereins nachkommt. In Folge dessen forderten die betreffenden Segen am andern Tage ihren Prinzipal auf, ihnen nun endlich definitiven Bescheid zu geben. Vorher hatte er allerlei Ausflüchte gemacht, z. B. er werde ein Schiedsamt gehen; dasselbe existirte durch den Beschluß der Prinzipale aber nicht. Derselbe erbat sich bis 2 Uhr Mittag Bedenkzeit, welche ihm auch bereitwillig gewährt wurde mit dem Bemerkten, daß eine Deputation zur festgesetzten Zeit seine Entschließung einholen werde. Diese Bedenkzeit des Herrn Gensch war aber nur ein etliches Manöver, darauf berechnet, die Segen hinzuhalten, denn er hatte schon Tags zuvor bei dem neu gegründeten Buchdrucker-Verein (Prinzipale und Nichtverbandsmitglieder) um Hilfe gebittelt, die ihm auch zugesagt war. Gleich nach der Entfernung der betreffenden Segen rückten denn auch 12—15 Prinzipale mit ihren Beihilfen in die Gensch'sche Drucker- und typographische Werkstätte. Zur festgesetzten Stunde erschienen vor dem Druckerlokal die erwähnte Deputation und ersaunte nicht wenig, das Haus mit Schultheuten besetzt zu sehen und sich durch diese bewaffneten Reihen durchdrängen zu müssen, um ihren Prinzipal sprechen zu können. Im Druckerlokal angelangt, traten ihnen einige von den helfenden Prinzipalen entgegen, erklärten ihnen, sie hätten nichts mehr hier zu suchen, Herr Gensch brauche sie nicht mehr. Als die Segen erklärten, ihren Prinzipal sprechen zu wollen, wurden sogar einige der Herren thätlich, schimpften in der gemeinsten Weise auf den Verband und seine Mitglieder und ist es nur der Besonnenheit der Segen zu danken, daß es nicht zu einer allgemeinen Kauferei gekommen ist. Herr Gensch, der inzwischen hinzulam, empfing sie mit den Worten: „Gehen sie nur, mit uns ist es aus“. Als nun die Segen ihre Sachen zusammen-

packen wollten, wurden sie gestopfen und ihnen gesagt, man würde die Sachen auf den Hof werfen, da könnte sich ja jeder das ihm Gehörige herausuchen, als aber die Segen endlich Ernst machten und nicht gewillt waren, von der Strafe sich ihre Sachen aufzulösen und nöthigenfalls andere Maßregeln ergreifen wollten, gestatteten die „gutmüthigen“ Prinzipale endlich, daß sie in Frieden abziehen konnten. Dies ist der Hergang des letzten Konflikts und wird jeder daraus ersehen, daß die Mittheilungen der Berliner Zeitungen, die meistens von Buchdruckerbesitzern ausgehen, vollständig erlogen sind. Die edlen Schreiber wissen, daß uns diese Sorte von Blättern nicht zur Verfügung steht, denn wir haben keinen Milliardentopf, und deshalb wagen sie es uns zu beschimpfen und zu beschmutzen. Aber nur immer weiter, wir wollen sehen, wer da siegt: Schreit nur aus Angst, daß ihr den Verband geprenzt habt, ihr wißt ja, daß wir darüber lächeln und nöthigenfalls Lebenszeichen von uns geben, die wie Keulen-schläge auf euch herniederfallen.

Soweit unser Correspondent. Wir lassen nun einen gegnerischen Bericht folgen, der dem „Leipziger Tageblatt“ aus Berlin zugegangen ist und den es in seiner arbeiterfeindlichen Tendenz mit folgender Einleitung verieht: „Als drastischer Beweis, wie unumschränkt der Allgemeine Buchdrucker-Verband und seine Mitglieder beherrscht, wird uns heute Folgendes aus Berlin gemeldet: In der Gensch'schen Buchdruckerei daselbst, wo vier Zeitungen gedruckt werden, erhielten die Segen wöchentlich 9—12 Thlr. je nach Leistung und Fähigkeit, und sie waren auch damit zufrieden, denn sie brachten es durch Ueberarbeiten wöchentlich auf 12—18 Thlr. Schon vor längerer Zeit beschloß der Berliner Verband, daß keine Zeitung im gewissen Gelde besetzt und daß bei Zeitungen kein im gewissen Gelde stehender Segen, sogar kein Lehrling, beschäftigt werden dürfe. Auf Grund dieses Beschlusses stellte der Vereinsvorstand dem Herrn Gensch die Forderung, die Berechnung einzuführen. Herr Gensch glaubte dazu nicht verpflichtet zu sein, da der Tarif davon Nichts enthält, und wies die Forderung als einen Eingriff in sein Recht ab. Die Segen erklärten dem Vorstand selbst, daß sie mit ihrer Stellung zufrieden seien; das half aber alles nichts, sondern der Vorstand befahl die Einstellung der Arbeit bei Strafe des Ausschlusses aus dem Verband. Leider haben sich die Segen und auch die Maschinenmeister aus Furcht gefügt. Der Vereinsvorstand hat aber noch einen Schritt weiter gethan. Er hat sämtliche Drucker, deren Prinzipale Herrn Gensch gehalten haben, in Molatagezustand erklärt, und es sind davon 16 Drucker, die mehr als 100 Segen beschäftigen, betroffen. Dem Vernehmen nach wollen sich die Prinzipale wegen dieses schrankenlosen Terrorismus an die Staatsbehörde wenden.“

Daß der Verband der Buchdrucker-Gehilfen den Prinzipalen ein Dorn im Auge, ist leicht erklärlich. Ja, wenn dieser verdamnte Verband nicht wäre, dann brauchte man keine den Verhältnissen entsprechenden Löhne zu zahlen, dann könnte man beliebig die Arbeitszeit kürzen, dann könnte man kurz und bündig mit den Arbeitern machen was man wollte; so aber — nein, das ist unerbittlich! Staatshilfe her gegen diesen „schrankenlosen Terrorismus“. Und das Tageblatt? Nun, das scheint nicht zu wissen, daß der „Beweis, wie unumschränkt der allgemeine Buchdrucker-Verband seine Mitglieder beherrscht“, weiter nichts beweist, als daß die Mitglieder sich selbst beherrschen.

Hohenstein-Ernstthal, 22. Juni. Das Stiftungsfest, welches der hiesige Arbeiterbildungsverein gestern feierte, gestaltete sich in seinem ganzen Verlaufe zu einem wahren Volksfeste. Die „Ch. Fr. Presse“ schreibt hierüber:

„Das freundliche, sonst so stille Städtchen Ernstthal, sowie das daran grenzende Hohenstein waren gestern der Schauplatz eines regen, fröhlichen Treibens. Nicht nur vom Bahnhofe bei Anlauf jedes Zuges, sondern auch von allen Richtungen her kamen Jüge von Proletariern. Der dortige Arbeiterbildungsverein feierte nämlich sein Stiftungsfest, zu welchem Bebel eingeladen und erschienen war. Aus allen umliegenden Städten und Dörfern waren Deputationen erschienen. Das Fest wurde durch Musikstücke eingeleitet, worauf Massengesang und die Begrüßungsrede durch den Vorsitzenden des Vereins, Genosse Bohne, folgte. Derselbe hieß besonders den Vertreter des Wahlkreises im Reichstags, Herrn Bebel, „willkommen“. Alsdann folgten wiederum Musikstücke und Massengesang. Genosse Liebknecht sollte die Festrede halten, war aber leider daran verhindert, weshalb Genosse Kayser statt dessen die Festrede hielt und erstreute sich dieselbe einer äußerst beifälligen Aufnahme. Nun ergriff Genosse Bebel das Wort, mit donnerndem Beifall begrüßt. Bebel dankte den Anwesenden dafür, daß dieselben ihm ihr Vertrauen bewahrt hätten, besonders für jene Wahl, als ihm nach dem sog. Majestätsbeleidigungsprozeß das Mandat aberkannt wurde. Damals mag man sich der Meinung hingegen haben, daß die Wähler, nachdem er (Bebel) zu zwei Jahren Festungshaft verurtheilt und ihm das Mandat aberkannt wurde, ihn nicht mehr wiedewählen würden. Bebel kam nun auf die Befolgungen zu sprechen und hob hervor, wie ein große Idee sich nie todtschlagen lasse. Zum Schluß betonte Bebel, wie er wieder frei, den Gefängnismauern entschlüpfte, seine volle Kraft für die Arbeitersache sowohl im Reichstags, wie außerhalb desselben einsetzen werde. Rauschender minutenlanges Beifall folgte auf diese Rede. Nach dem Spielen einiger Musikstücke begann der Ball, welcher die Festtheilnehmer bis zum beginnenden Morgen zusammenhielt. Das Fest hat alle Theilnehmer mit Begeisterung befeuert und sie von neuem dazu gestärkt, trotz aller Drangale und Verfolgungen der Arbeitersache zum Siege zu verhelfen.“

Die Parteigenossen der nachbenannten Orte werden hierdurch aufgefordert, unverzüglich dafür Sorge zu tragen daß folgende

Annoucen-schulden

balddigst bezahlt werden:
Cassel: Arb.-Part. f. Mai 18 Gr.; Offenbach a. M.: Schum.-Gewerksch. für September 8 Gr.; Spandau: Arb.-Part. für Septbr. 7 Gr.; Stuttgart: Buchdrucker-Verein für August 20 Gr.; Wiesbaden: Schuhmacherverein für Juni Thlr. 1 2.
Für Annoucen pro Oktober und November restiren:
Dresden: Buchdrucker 10 Gr.; Hof: Genossenschaftsbuchdruckerei 1 Thlr.; Mainz: Arb.-Part. Filiale 7 Gr.; Offenbach: Arb.-Partei und Schuhmachergewerksch. 14 Gr.; Solingen: Arbeiter-Partei 8 Gr. Wandsbeck: Arbeiter-Verein 22 Gr.
Für Annoucen pro Dezember restiren:
Berlin: Agitations-Comité 4 Gr.; Halle a. S.: Arb.-Partei 5 Gr.; Schw.-Osmund: Filiale 10 Gr.; Solingen: Arbeiterpartei 6 Gr.; Wandsbeck: Arbeiter-Verein 9 Gr.
Vorstehende Beiträge sind umgehend an die Expedition des „Volkstaats“ einzusenden.
Zugleich machen wir bekannt, daß von Privat-Personen nur noch solche Annoucen ausgenommen werden, denen der Beitrag beigefügt ist. Geschäfts-Annoucen, mit Ausnahme der Empfehlung von Partei-schriften, werden vorläufig nicht mehr ausgenommen.
Definitive Entscheidung trifft der Congreß.
Hamburg, 26. Juni 1874.
Der Ausschuß.
A. Geib. G. Bennet.

Briefkasten
der Redaktion. Soz.-demokr. Wochenb. Rürnberg, Genossenschaftler Pforzheim, Südb. Volkstimme, Südb. Volkszeit., Gleichheit, Tagewacht und Felleisen ersuchen wir von jetzt an 1 Exempl. für B. nach Zw. zu senden.
der Expedition. D. Human Dülsburg Ab. 2. Du. 7 Thlr. Hsh Stadt. Jim Ab. 3. Du. 25 Gr., Schr. Gr. 27 5. J. Mann Pforzheim Ab. 3. Du. 2 Thlr. Gntzr Großenhain Schr. Thlr. 1 9 5. Hsch Gausch Ab. 3. Du. 16 Gr. Jpp Altenburg Schr. 14 Gr. Hsch hier Schr. Gr. 11 5. Mannf. Arb.-Verein Gera Ann. 3 Gr. J. Lahn Mitterbad Schr. Thlr. 1 7, Ab. 3. Du. Thlr. 1 18. Res Berlin Ab. Juni Thlr. 7 4. K. Kell Syrmien Ab. 3. Du. 27 Gr. Kppf Gera Schr. 3 Gr. K. Kell Pforzheim: Die an St. gefandenen Schriften betragen Gr. 24 8. Die beiden Brochuren konnten wir nicht mitsenden, weil sie vergriffen sind. Direkte Sendung wird billiger sein. K. Kell Werksch: Wie kommt es, daß Seitens Br. Thlr dort von Nr. 71 an die Annahme des Kreuzbandes verweigert wird? A. Hsch Hannover: Die Annoucen der Metall.-Gew. kosten 12 Gr. Hsch Breslau: Die übrigen „Volkstaats“ senden Sie franco zurück, worauf wir Ihnen den Betrag hierfür zuschreiben.

Fond f. pol. Gemahrgelste.
B. sozialdemokratischen Arbeiter-Verein Leipzig d. E. Thlr. 1 10.
Genossenschaftsbuchdruckerei.
Anteilscheine bez. Antheilsquittungen erhielten ferner: In Frankfurt 3. G. 2 Thlr. in Erfurt F. R. Thlr. 2 15.

Augsburg
Die hiesigen Mitglieder der sozialdemokratischen Arbeiterpartei versammelten sich Samstag, den 4. Juli, Abends halb 9 Uhr in der Schützenhalle.
T. D.: 1) Entrichtung der Beiträge. 2) Wahl eines Delegirten zum Parteicongreß. 3) Sozialpol. Rundschau.
Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen Aller Mitglieder nothwendig.
J. A. J. Ender.

Berlin
Sozialdemokratische Arbeiterpartei.
Sonntag, den 5. Juli, Vorm. 10 Uhr: Geschlossene Mitglieder-versammlung im „Königsbädischen Casino“, gr. Frankfurterstr. 17.
Bericht des Prn. Miße über das Resultat der Kommission für Aenderung des Programms. — Wahl der Delegirten zum Parteicongreß-Beschiedenes.
Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Parteigenossen zu erscheinen. Gleichzeitig ersuche, die Steuern zu berichtigen, da nur diejenigen auf dem Congreß vertreten werden, welche ihren Pflichten nachgekommen sind.
A. Geinsh, Vertrauensm.

Berlin
Für hier abonniert man auf den „Volkstaats“ monatl. für 7 1/2 Mgr. frei in Haus bei Trautmann, Engelauer 1 b IV.
Parteigenossen, agirt unermüdlich für die Verbreitung der „Partei-Organen“.

Gera
Manufakturarbeitergewerkschaft.
(Krankenkasse) Sonnabend, den 4. Juli, Abends 8 Uhr
Versammlung auf Bellecour. D. S.

Hamburg
Abonnement auf den „Volkstaats“
nehmen entgegen: Colporteur Schulz und Schütz.
(Schulz wohnt bei grünen Soob-Hof 34, Saal 2), ferner Trautmann, Dragonerhau unter 25; Geis, Köbingsmarkt 12.
Preis pro Quartal in's Haus geliefert 1 Mkt. 12 Schll
Monat — 10
Parteigenossen! Seid thätig für die Verbreitung des Central-Partei-organ!

Hamburg
Avis für die Löhler Deutschlands.
Wir machen darauf aufmerksam, daß unser Arbeit-nachweis-Bureau sich in Hamburg, große Rosenstr. Nr. 37, bei Herrn Häbner, befindet; wir ersuchen alle Löhler, die sich auf der Reise befinden, dieses zu berücksichtigen und nur von unserem Bureau sich in Arbeit stellen zu lassen.

Leipzig
Sozialdemokratischer Arbeiter-Verein.
Donnerstag, den 2. Juli, Abends 8 Uhr, im Saale des Eldorado.
1) Die Nachtheile des stehenden Heerwesens und die Einführung der Volkswehr. Ref. Nauert. 2) Soz.-pol. Wochenbericht. Ref. Künzel. Gäste willkommen. Der Vorstand.

Leipzig
Agitations-Comité
Freitag, den 3. Juli: Sitzung im Vereinslokal.
Leipzig
Der Löhler-Verkehr befindet sich jetzt bei A. Kottb
Neulirhof Nr. 10.
Der „Volkstaats“ liegt daselbst aus.

Raunhof
Sonntag, den 5. Juli, Nachmittags 4 Uhr: Volk-versammlung im Garten der Restauration zur „guten Quelle“ in Raunhof. Tagesordnung: Die Arbeiterbewegung. Organisation eines Arbeitervereins. — Referenten Nauert und Hablich aus Leipzig. C. 2.

Connewitz
Arbeiter-Verein.
Mittwoch, den 1. Juli, Abends halb 9 Uhr:
Versammlung im Badschloßchen.
Tagesordnung: Sozial-politischer Wochenbericht. Fragekasten.
Die Mitglieder werden ersucht, wegen Rechnungsabschluss nächst Sonntag ihre Beiträge zu entrichten, da zur General-Versammlung Beiträge nicht angenommen werden.
Der Bevollmächtigte.

Leipzig
Gewerkschaft der Holzarbeiter.
Sonnabend, den 4. Juli: Versammlung bei Bebel's
Sozialer Wochenbericht von Gupfer.
Mittwoch, 1. Juli: Ausschlußsitzung.
Sonnabend, 11. Juli: General-Versammlung.
Die Mitglieder werden ersucht, wegen Rechnungsabschluss nächst Sonntag ihre Beiträge zu entrichten, da zur General-Versammlung Beiträge nicht angenommen werden.
Der Bevollmächtigte.

Aufforderung.
Der Tischlergezell Georg Oberhäuser aus Ansbach in Bayern, Präsident der Liederschüler in Hamburg, ist seit 3 Wochen verschwunden unter Mittnahme von 40 Thlr. 11 Sgr., derselbe wird aufgefordert, am 5. Juli seinen Pflichten nachzukommen, widrigenfalls andere Maßregeln ergriffen werden.
Hamburg. Im Auftrag der Liederschüler:
G. Hartling, G. Schäfer,
Baleinslamp Pl. 54. Nr. 5. Lange Straße Nr. 20.

Wenn die Agitationscomité's zu Frohbürg und Rochlitz bestehen, ersuche ich um deren Adressen.
Leipzig, 29. Juni 74. W. Finck

Vom 1. Juli d. J. an habe ich meine
Buchhandlung
nach Apolda, Steinweg, verlegt. — Filialen bestehen in: Weimar, Schleißgasse 13 (W. Ufer). Rudolstadt: Mangelgasse. (R. Schulz) C. Kettel.

Soeben erschien:
Leipziger Hochverrathsprozess
12. (Schluß-) Lieferung.
Die „angehaltenen“ Reden enthaltend.
72 Seiten. Preis 2 1/2 Groschen.
Vorstehende Preise verstehen sich gegen baar oder Post-vorschuß. — Wiederverkäufer erhalten Rabatt.
Expedition des „Volkstaats“.

Leipzig: Verantw. Redakteur: H. Preißer. (Redaktion u. Expedition: Poststr. 34.) Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei.